

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Hamburg • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Runter mit den Mieten

DIE LINKE streitet für eine echte Mietpreisbremse. **Seite 8**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Sozialer Aufbruch für Hamburg



Hamburg ist eine tief gesplante Stadt. Einerseits zeigen die Statistiken die höchste Millionärsdichte Deutschlands, andererseits sind Hunderttausende arbeitslos, beziehen Hartz IV oder schufden für einen Niedriglohn. Sie sind in der Armutsfalle gefangen, aus der es anscheinend kein Entkommen gibt.

Dabei wäre Geld genug vorhanden. Die deutsche Wirtschaft wächst seit Jahren, die DAX-Konzerne schütten regelmäßig Milliarden Euro an ihre Aktionä-

re aus, doch an den Armen geht dieser Aufschwung vorbei. Sie gehen leer aus. Das zeigt sich in Hamburg besonders deutlich. Man vergleiche nur einmal Veddel mit Nienstedten – im reichen Nienstedten ist das durchschnittliche Jahreseinkommen 11-mal so hoch wie auf der Veddel. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Mittlerweile arbeitet jeder fünfte Hamburger für einen Niedriglohn. 70 000 Menschen haben gar keine Arbeit. Die Ar-

mut im Alter hat sich in Hamburg in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Das muss sich ändern.

Deshalb ist eine soziale Offensive erforderlich. Was fehlt, um Hamburg und Deutschland gerechter zu machen, ist der politische Wille dazu. DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit, nicht nur in der Hamburger Bürgerschaft, sondern auch im Bundestag in Berlin.

Mehr zu Hamburg auf den Seiten 5 bis 8



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial vertraglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist. Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltweite, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



Die gespaltene Stadt

Nirgendwo sonst in Deutschland ist die Kluft zwischen Arm und Reich so deutlich sichtbar wie in Hamburg. Der Wohlstand wächst, aber das Elend auch. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht



Hamburg im Sommer 2017: Die Steuereinnahmen sind so hoch wie noch nie. Unternehmen machen Milliarden Gewinne. In der City entstehen Neubauten mit edlen Geschäften und Luxuswohnungen. Die Zeitungen melden Exportüberschüsse, anhaltenden Wirtschaftsboom und dazu ein dickes Haushaltsplus. Doch auch das ist Hamburg im Sommer 2017: An der Alster zelten Obdachlose. Menschen, die Flaschen sammeln, gehören zum Straßenbild. **Die Armut im Alter steigt rasant an – seit 2004 hat sie sich fast verdoppelt.** An den 21 Ausgabeorten der Hamburger Tafel bilden sich Warteschlangen. 20 000 Bedürftige werden dort jede Woche mit Lebensmitteln versorgt. Auch ein Rekord.

Unsere Stadt ist eine geteilte Stadt. Wie eine unsichtbare Mauer zieht sich die Grenze zwischen Arm und Reich durch Hamburg. Immer krasser werden die Unterschiede zwischen den Wohngebieten der Reichen, am nördlichen Elbufer, rund um die Alster, im Nordosten der Stadt, und den Vierteln, die von Armut geprägt sind, zum Beispiel Rothenburgsort, Billstedt, Osdorf oder Steilshoop. Wie groß diese Kluft inzwischen ist, zeigt ein Vergleich der Jahresdurchschnittseinkommen: In Nienstedten liegt es bei 170.000 Euro – auf der Veddel bei 15.000 Euro.

Etwa 70 000 Menschen sind in Hamburg arbeitslos. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. »In Wahrheit sind es fast doppelt so viele«, schätzt das *Hamburger Abendblatt*. Und auch die, die Arbeit haben, leben so häufig wie nie zuvor in prekären Verhältnissen. Teilzeit, Befristung und Leiharbeit gehören zum Alltag von fast einem Drittel der Beschäftigten in Hamburg. Etwa 20 Prozent arbeiten

im Niedriglohnssektor – mehr als 100 000 Menschen! Und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Zwar sind bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen als derzeit eigentlich kaum denk-

Der Kampf gegen soziale Spaltung und Armut ist für DIE LINKE kein Randthema, sondern Kern ihrer Politik. Sie setzt sich für die Abschaffung des Hartz-IV-Strafsystems ein.

bar. Dennoch hat sich an der sozialen Spaltung der Gesellschaft in den letzten Jahren praktisch nichts geändert. Noch immer gilt: Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer. Das Hauptproblem sind die niedrigen Löhne. Anders als in den meisten europäischen Län-

dern sind diese in Deutschland in den letzten Jahren kaum gestiegen. Auch die Einführung des Mindestlohns hat daran nichts geändert, denn der ist viel zu gering – gerade in einer so teuren Großstadt wie Hamburg. Wir brauchen einen neuen sozialen Aufbruch. Was fehlt, um Hamburg und Deutschland gerechter zu machen, ist der politische Wille dazu. **Denn Geld ist eigentlich genug da: Auf etwa 250 Millionen Euro beliefen sich im vergangenen Jahr die Überschüsse allein im Hamburger Haushalt.** Doch bei Initiativen, Kulturprojekten, städtischen Angestellten, Beratungsstellen und Schulen wird weiterhin gespart, gekürzt, gestrichen.

Die Armut in Hamburg hat viele Gesichter. Arm sein heißt, auf Dinge verzichten zu müssen, die für andere selbstverständlich sind: Kinobesuch, Urlaubsreise, die Karte für den HSV oder den FC St. Pauli. Armut heißt, weniger Perspektiven fürs Leben zu haben, in der Schule schlechter abzuschneiden, häufiger krank

zu werden, weniger Aufstiegschancen im Job zu haben, kürzer zu leben. Untersuchungen belegen: Armut vererbt sich. Arme Eltern bekommen arme Kinder. Arm sein bedeutet, die Miete nicht mehr bezahlen zu können und aus dem angestammten Stadtviertel vertrieben zu werden. Oder den Strom abgeklemmt zu bekommen, weil man die Energiekosten nicht mehr bezahlen kann. Das ist gar nicht so selten: allein in Hamburg passiert das in jedem Jahr etwa 10 000 Haushalten!

Doch nicht nur die Armut selbst, auch die Angst vor der Armut hat verheerende Folgen. Sie erzeugt Stress und Resignation. Wo Sorge vor Abstieg und Konkurrenz wächst, wo Mangel herrscht, nutzen rechte Parteien die Verunsicherung der Menschen aus. Viele Arbeitslose wählen rechts. Andere, die wenig haben, wählen nicht mal mehr rechts: Sie gehen gar nicht wählen. An der letzten Bundestagswahl beteiligten sich in Rothenburgsort (armer Stadtteil) nur 53,3 Prozent der Wahlberechtigten, in Lemsahl-Mellingstedt (reicher Stadtteil) aber 86,9 Prozent! Untersuchungen zeigen, dass das keine Ausnahme ist: Je wohlhabender das Viertel, desto höher die Wahlbeteiligung. **Wenn die sozial Abgehängten nicht mehr kämpfen, profitieren die Besserverdienenden und ihre Parteien noch mehr.**

Wir brauchen eine soziale Offensive. Für DIE LINKE ist Armut schlicht nicht hinnehmbar, nicht in Hamburg und nicht anderswo in Deutschland. Sie will die Wohlhabenden angemessen besteuern. Sie will Zwangsräumungen, Strom- und Wassersperren verbieten. Sie will Deutschland zu einem Land für alle und Hamburg zu einer Stadt für alle machen. Und auch wenn sie nicht regiert, kann DIE LINKE als starke Opposition viel bewirken. Die Erfahrung zeigt: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

TTIP und CETA endgültig begraben

Viele glauben, TTIP und CETA seien bereits vom Tisch. Falsch! CDU/CSU und FDP wollen die sogenannten Freihandelsabkommen, die in Wahrheit nichts anderes sind als verschleierte Konzernschutzabkommen, weiterhin mit aller Macht durchsetzen. SPD und Grüne setzen dem wenig entgegen. Viele Anhänger der Grünen sind in der Bewegung aktiv. Auch sie erwarten von den grünen Landtagsfraktionen, dass sie zusammen mit der LINKEN CETA im Bundesrat verhindern. Doch bis jetzt streitet nur DIE LINKE konsequent dafür, CETA in Bundestag und Bundesrat zu stoppen und die Verhandlungen über TTIP abzubrechen.



Frieden sichern – Rüstungsexporte stoppen

Waffen »made in Germany« töten in aller Welt, denn Deutschland gehört zu den weltweit größten Rüstungsexporturen. Und das Geschäft mit dem Tod brummt: Die Ausfuhr von Kleinwaffenmunition hat sich im vergangenen Jahr beispielsweise verzehnfacht! Viele dieser Transporte gehen über den Hamburger Hafen. Die SPD redet zwar davon, die Waffenexporte zu reduzieren zu wollen. Doch in ihrer Regierungszeit hat sie bislang fast nichts dafür getan. Nur DIE LINKE steht für einen konsequenten Kurs gegen Rüstungsexporte.

Keine Bankenrettung mit Steuergeldern

Das teuerste Großprojekt Hamburgs der letzten Jahre war nicht etwa die Elbphilharmonie, sondern die HSH Nordbank. Zur Rettung der Krisenbank werden die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg Milliardensummen lockermachen müssen. Geld, das anderswo dringend gebraucht wird! Dass es überhaupt so weit kommen konnte, liegt nicht nur an den Fehlern der Manager, sondern auch daran, dass die Politik viel zu lange die schützende Hand über die Bank gehalten hat, die längst kostengünstiger hätte abgewickelt werden können. DIE LINKE fordert: Keine weiteren Steuergelder für die Fehler der Bankmanager!



Obdachlose gehören in Hamburg zum Straßenbild



Cornelia Kerth, Fabio De Masi und Zaklin Nastic (v. l. n. r.) führen die Landesliste der Hamburger LINKEN an.

Brüsseler Spitzenmann

Fabio De Masi, Platz 1

Fabio De Masi war 25, als er zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurde, bei dem es um einen Job als Assistent des Vorstands der HSH Nordbank ging. Er überlegte ein paar Tage – dann entschied sich der Ökonom, anstatt hochbezahlter Banker bei dem schillernden Geldhaus zu werden, lieber für seinen Nebenjob in einem Techno-Club und die Universität Kapstadt (Südafrika). »Das Angebot war spannend«, sagt De Masi. »Aber heute weiß ich, dass Toilettenputzen und Afrika die bessere Wahl als die Pleitebank war.« Zumal es in De Ma-

sis Leben ja nicht dabei geblieben ist. Seit drei Jahren ist er Abgeordneter für DIE LINKE im EU-Parlament und macht dort so gute Arbeit, dass sein Ruf längst die deutsche Hauptstadt erreicht hat. **Geldwäsche, Steuerrumpfung von Konzernen, die Regulierung von Banken und die Euro-Krise sind seine Themen in Brüssel, und die geht er auch unkonventionell an.** Als es darum ging, den Schwarzgeldskandal rund um die »Panama Papers« aufzuklären, recherchierte er selbst als verdeckter Ermittler und versuchte, vermeintlich schmutzi-

ges Geld in Panama anzulegen. »Im EU-Parlament fühlt er sich wohl«, schrieb die *Welt* in einem Porträt. »De Masi hat dort eine feste Stellung, hat sich selbst bei den politischen Kontrahenten Respekt erworben, als er sich um die Aufklärung der Lux-Leaks-Affäre rund um die Machenschaften Luxemburger Banken verdient gemacht hat.« Außerdem engagierte sich De Masi in Brüssel gegen den giftigen Cocktail der »Euro-Rettung«, die in Wahrheit die Euros der Banken rettete und Länder wie Griechenland mit Kürzungs-diktaten in den Ruin trieb, so-

wie gegen die Handelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Die Mächtigen der EU, allen voran Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, haben ihn fürchten gelernt – andere, wie der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis oder der französische Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon, wurden seine Mitstreiter. Auch SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz kennt De Masi aus Brüssel gut. Dass ausgerechnet Schulz zum – zeitweiligen – Hoffnungsträger der SPD werden konnte, hat De Masi allerdings nie verstanden: »Schulz hat die Aufklärung fauler Steuerdeals durch das Europäische Parlament behindert. Er hat die Kürzungspolitik in Griechenland mit durchgedrückt. Er hat eisern für die Konzernschutzabkommen TTIP und CETA gestritten. Und er hat die Lohndrückerei der Agenda 2010 befürwortet.« Seine Heimat Altona, wo er noch eine Wohnung hat, hat De Masi in Brüssel nie vergessen. In Hamburg hat der Sohn deutsch-italienischer Eltern studiert, hier hat er seine Liebe zur Elbe und zum FC St. Pauli entdeckt. DIE LINKE wiederum freut sich über ein politisches Talent, das noch keine 40 ist, aber dennoch bereits mit allen politischen Wassern gewaschen ist. Bei der Nominierung zum Bundestagskandidaten kürten die Delegierten der Hamburger LINKEN De Masi deshalb trotz starker Konkurrenz bereits im ersten Wahlgang. Das lag sicherlich auch daran, dass De Masi von seinem Hamburger Abgeordnetenbüro aus immer nah an regionalen Themen dran war wie dem Milliardengrab HSH Nordbank, der Krise des Ham-

burger Hafens oder den Skandalen des privaten Klinikkonzerns Asklepios. Auch sein Engagement gegen den G20-Gipfel und den türkischen Präsidenten Erdoğan hat viele überzeugt. Als vor ein paar Wochen dem ehemaligen FC-St.-Pauli-Spieler und Erdoğangegner Deniz Naki in der Türkei der Prozess gemacht wurde, reiste De Masi kurzerhand in dessen Heimatstadt Diyarbakir und unterstützte ihn vor Gericht.

Im Wahlkampf will De Masi die Themen Altersarmut, Mieten, prekäre Beschäftigungen, öffentliche Investitionen, die Fluchtsachen Krieg und Terror sowie die Europapolitik in den Mittelpunkt stellen. Zu einer möglichen rot-rot-grünen Bundesregierung hat De Masi eine klare Haltung: Eine Regierungsbeteiligung auszuschließen wäre falsch, »weil wir damit SPD und Grüne aus der Pflicht für soziale Gerechtigkeit entlassen würden«. Sich im Wahlkampf an »das sinkende Schiff der SPD zu ketten, ohne dass diese sich grundlegend erneuert«, davon hält De Masi allerdings auch nichts und erinnert daran, dass es »die Politik von Rot-Grün war, die mit dem Lohndumping der Agenda 2010, der Privatisierung der Altersvorsorge sowie völkerrechtswidrigen Kriegen die Eurokrise, Fluchtsachen sowie den Aufstieg der Rechten in Europa begünstigt hat«. Im Bundestag in Berlin freuen sie sich schon auf den blitzgescheiten Kopf mit den klaren Worten aus Hamburg. Zumindest die Genossinnen und Genossen der LINKEN. Alle anderen müssen sich warm anziehen.

Von der »Bibby Altona« in den Bundestag

Zaklin Nastic, Hamburg-Eimsbüttel, Platz 2

Wenn Politiker über Flüchtlinge reden, dann kennen sie deren Schicksal meist nur aus der Zeitung. Zaklin Nastic hingegen weiß genau, wie es ist, notgedrungen aus der Fremde nach Deutschland zu kommen. **Deshalb bedeutet das Thema Flucht für sie etwas völlig anderes als für Merkel und Co mit ihrer Welcome-Heuchelei.**

Denn sie kennt nicht nur viele Flüchtlinge – sie war selbst mal einer. Als sie 1990 mit zehn Jahren aus Polen nach Hamburg kam, wurde sie auf dem Flüchtlingsschiff »Bibby Altona« einquartiert. Halbdeutsche? Halbpölin? – »Auf jeden Fall: eine Rote!«, zwinkert sie. Nach ihrem Abitur studierte Nastic, die 1980 in Gdynia auf die Welt kam, zunächst Slawistik, bis sie Mutter wurde und ihre Tochter schwer erkrankte. Seitdem kümmert sie sich hauptsächlich um ihr behindertes Kind. Auch wenn das wahrlich keine einfache Aufgabe ist: Sich zusätz-

lich auch noch gesellschaftlich zu engagieren, war Nastic immer ein großes Anliegen. Und da kam für sie nur eine Partei infrage: DIE LINKE. **»Unsere Gesellschaft kann sich eine Politik nur für Reiche nicht mehr leisten«,** findet Nastic. 2011 zog sie als Abgeordnete in die Bezirksversammlung Eimsbüttel ein, wo sie rasch zur Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Als Landessprecherin gehört sie zu den führenden Köpfen der LINKEN in Hamburg. Ihre Erfahrungen als Flüchtlingskind spielen dabei eine größere Rolle denn je und haben ihr zu einer klaren Haltung verholfen. Nicht die Flüchtenden gehören bekämpft, sondern der Kapitalismus, der mit seiner Ausplünderung von Rohstoffen und seinen Kriegen die Flüchtlingsbewegungen erst auslöse, müsse bekämpft werden. »Krieg und Rüstungsexporte sind die Fluchtsache Nr. 1. Waffenhändlern und Eliten gehört die Geldmacht aus der



Hand genommen. Und die Privatisierung von Renten und Krankenhäusern ist die Ursachen der Altersarmut«, meint Nastic.

Nastic kämpft für ein besseres Leben für alle. Ältere Menschen dürfen nicht abgeschrieben werden, Kranke nicht zu Spekulationsobjekten degradiert werden. Ihre Überzeugung: »Zur Solidarität als Waffe für soziale Gerechtigkeit in einer offenen Gesellschaft gibt es keine Alternative. Und diese ist international. DIE LINKE ist das Stärkste, was die Schwachen haben.«

Gegen Rechts – für Menschenrechte

Cornelia Kerth, Hamburg-Wandsbek, Platz 3

Dass die extreme Rechte viele Gesichter hat, das weiß kaum jemand besser als Cornelia Kerth. Sie ist Bundesvorsitzende der VVN-BdA, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Als solche setzt sie sich seit Jahren intensiv mit rechten Gruppierungen auseinander. Dazu gehört für sie eindeutig die AfD, von der sie sagt, dass sie als parlamentarischer Arm einer völkisch-nationalen Bewegung die Republik nach rechts wenden will. Deshalb unterstützt sie die Kampagne Aufstehen gegen Rassismus.

Seit den rebellischen 1968er Schülerinnenjahren sind ihr aber auch die Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Rassismus der westlichen Gesellschaften und die internationale Solidarität wichtig. Sie war 20 Jahre in der SPD aktiv, die sie verließ, als eine rot-grüne Bundesregierung Bomben auf Belgrad werfen ließ. Als Vertreterin der VVN-BdA enga-

gierte sie sich beim Antirassistischen Telefon, beim Café Exil und beim Netz gegen Rassismus.

Als Lehrerin und Sozialpädagogin in der Alphabetisierung und in der beruflichen Bildung benachteiligter junger Erwachsener erlebte sie die katastrophale Wirkung der Hartz-IV-Gesetze aus nächster Nähe. Sie arbeitete früh in der WASG mit und gehörte so zu den ersten Mitgliedern der LINKEN. »Ich möchte dazu beitragen, dass DIE LINKE auch weiterhin als Partnerin fortschrittlicher sozialer und politischer Bewegungen und Organisationen daran arbeitet, einer anderen Welt näherzukommen.«

Kontakt
DIE LINKE. Hamburg
Wendenstraße 6
20097 Hamburg
Telefon: 0 40/3 89 21 64
www.die-linke-hh.de

Kandidatinnen und Kandidaten für Hamburg

Platz 4 Niclas Krukenberg



Ins kalte Wasser

Warum Niclas Krukenberg bei der LINKEN ist? Ganz einfach: Weil sie die einzige Partei ist, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Als jemand, der im »Problemstadtteil« Osdorf zu Hause ist, weiß er aus eigenem Erleben, wie wichtig das ist. Seit Jahren ist er in der dortigen Stadtteilgruppe aktiv, wo DIE LINKE im Gegensatz zu den anderen Parteien sichtbar und ansprechbar ist. Zu Hause ist Krukenberg auch bei der LINKEN. Obwohl er erst 24 ist, ist er schon seit fast sechs Jahren dabei. An der Universität Hamburg studiert er Rechtswissenschaft, nebenher arbeitet er als Schwimmtrainer. »Mir bereitet die Arbeit mit Kindern sehr viel Spaß«, sagt Krukenberg – genau wie die Politik. Seit dem vergangenen Jahr gehört Krukenberg dem Bezirksvorstand der LINKEN in Altona an, außerdem ist er in der Linksjugend [solid] aktiv. Dass er auf der Landesliste für die Bundestagswahl kandidiert, habe nichts mit persönlichen Karriereabsichten zu tun, beteuert Krukenberg. »Ich will ganz einfach Wahlkampf machen und möglichst viele Menschen, vor allem Jugendliche für unsere sozialen und friedenspolitischen Ziele gewinnen.« Dass die Bundesregierung ihre Rüstungsausgaben bis 2024 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben will, ärgert ihn. »Ausgaben für Rüstung ist rausgeworfenes Geld, das dringend für eine konsequente Sozialpolitik im Land benötigt wird.«

Platz 5 Sarah Rambatz



Gutes Wetter, harte Zeiten, für den Feminismus fighten!

Feminismus ist für Sarah Rambatz keine leere Worthülse. Ohne Geschlechtergerechtigkeit will die angehende Studentin nicht leben. In der Schule gehörte sie zu den Cracks und wurde

als Abiturientin mal eben eine der Jahrgangsbesten im politikwissenschaftlichen Bereich. Mittlerweile macht sie selbst Politik: Über die Initiativen Stop Olympia Wandsbek und Jugend gegen Olympia kam sie zur LINKEN, wo sie sich im Bezirksvorstand und in den Arbeitsgemeinschaften Feminismus, Queer und Tierschutz engagiert. Vegan zu leben ist für Sarah Rambatz keine Mode. Schon seit sieben Jahren setzt sich die 23-Jährige für Tierrechte und gegen Tierversuche ein. Inzwischen ist sie weit über Hamburg hinaus aktiv: Gerade wurde sie zur Bundessprecherin bei der Linksjugend [solid] gewählt. Sie liebt die Debatten auf Parteiversammlungen, am Infostand und in den sozialen Netzwerken. Noch mehr aber schätzt Sarah an der Politik die gute alte Handarbeit: Sticker, Buttons, Flyer verteilen und Stellwände bekleben. Dann kann der Wahlkampf ja kommen!

Platz 6 David Stoop Hamburg-Bergedorf – Harburg



»DIE LINKE ist die einzige soziale Alternative«

David Stoop ist Sozialwissenschaftler und Pädagoge. Gewerkschaftlich war er erst bei der GEW aktiv, inzwischen setzt er sich bei ver.di für den Ausbau sozialer Rechte ein. Zu seinem politischen Anliegen formuliert der 33-jährige Harburger, der in der Erwachsenenbildung tätig ist: »Die Menschen

haben genug von der unsozialen Politik der Großen Koalition. DIE LINKE ist die einzige soziale Alternative und muss als solche auftreten. Wir setzen uns energisch für die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentnern ein. Wir sagen aber auch deutlich: Wer Armut abschaffen möchte, muss Reichtum antasten!« Im Wahlkampf werden wir LINKEN unsere Kernthemen soziale Gerechtigkeit, Frieden und das solidarische Miteinander aller ohne Rassismus starkmachen. Stoop: »Mit realistischen und zugleich radikalen Forderungen wollen wir Druck machen für einen grundlegenden Politikwechsel für deutlich mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.«

Platz 7 Rainer Behrens Hamburg-Nord



Von der Bezirksversammlung nach Berlin

Im Wahlkreis 21 Hamburg-Nord tritt Rainer Behrens für DIE LINKE an. Der Diplomingenieur aus Duvenstedt ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Wandsbek und Fachsprecher der Partei für Stadtentwicklung, Wohnen und Wirtschaft. »Basis meiner Kandidatur ist das wachsende Vertrauen, das unsere Fraktionen in Hamburg gewonnen haben: durch konsequentes Auftreten gegen Olympia, für bezahlbares Wohnen besonders auch für Wohnungslose und Flüchtlin-



Aktionstag des Bündnisses umFAIRteilen

ge«, meint Behrens. »Ich möchte im Wahlkampf viele Menschen gewinnen, die mit uns für einen wirklichen Politikwechsel in Berlin aktiv werden wollen. Für Frieden, Abrüstung und eine zukunftsfähige Gesellschaft mit wirtschaftlich gesicherter Teilhabe aller Menschen in Deutschland. Nach über 40 Jahren Mitgliedschaft in der IG BCE und dem VDI sehe ich mich innerhalb der LINKEN auch als Repräsentant der Industrieangestellten, die nach wie vor Garanten des Wohlstands unseres Landes sind. Ich engagiere mich in der LINKEN nicht nur, weil sie für 100 Prozent soziale Gerechtigkeit steht. Ich bin überzeugt, dass sie auch die meiste wirtschaftliche Kompetenz hat. Gerade angesichts der Umbrüche, die Industrie 4.0 mit sich bringen wird, brauchen wir DIE LINKE bei der Entscheidung, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen.«

Martin Dolzer Hamburg-Mitte



Die Würde des Menschen ist unantastbar

Der gebürtige Kieler Martin Dolzer ist Musiker und Autor. Er schreibt als Journalist regelmäßig für linke Zeitungen und ist politisch aktiv gegen G20, TTIP, CETA und Castor-Transporte und engagiert sich für Lampedusa-Flüchtlinge. Früher arbeitete der Soziologe als Altenpfleger und Behindertenassistent. Inzwischen ist er Fachsprecher für Europa, Frieden, Wissenschaft, Justiz und Queer der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Menschenrechte, Frieden, eine menschenwürdige Flüchtlings-

politik, soziale Gleichheit und eine faire Handelspolitik sind Dolzers Schwerpunkte: »Die Vielfalt der Menschen und Kulturen ist ein großer Reichtum, wenn wir solidarisch und respektvoll miteinander leben und voneinander lernen.« Unter den Bundestagskandidaten der SPD gibt es sympathischere und weniger sympathische. Und es gibt Johannes Kahrs. Der berühmte Rechtsausleger und Rüstungslobbyist macht es im Bezirk Mitte auch gestandenen Sozialdemokraten schwer, ihr Kreuz bei der SPD zu machen. Gut, dass es mit Martin Dolzer zu Kahrs und dem sonstigen neoliberalen Einheitsbrei eine Alternative gibt!

Robert Jarowoy Hamburg-Altona



Seit 40 Jahren Initiativenaktivist

Seit 40 Jahren ist der 64-jährige Initiativenaktivist in Ottensen, seit zehn Jahren Vorsitzender der Linksfraktion in der Altonaer Bezirksversammlung mit den Schwerpunkten Stadtplanung, Bauen und Flüchtlinge. Weitere Schwerpunkte, für die er immer und überall eingetreten ist und eintritt, sind eine konsequente Friedenspolitik ohne Auslandseinsätze der Bundeswehr, soziale Gerechtigkeit ohne Hartz IV, aber mit Vermögens- und Spekulationssteuer, sowie eine wirkliche Stärkung kommunaler Rechte und von Bürgerrechten statt einer immer stärkeren Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse. Jarowoy hat eine Reihe Krimis geschrieben, in denen er seine Erlebnisse in der Altonaer Kommunalpolitik ironisch verarbeitet hat.



Aktion gegen Mietwucher in Hamburg

Wenn Krankenhäuser krank machen

Unter Personalmangel und Privatisierung leiden Patientinnen und Patienten und Beschäftigte gleichermaßen: DIE LINKE will eine neue Gesundheitspolitik



Private Klinikkonzerne wie Asklepios bezahlen ihre Beschäftigten schlechter als kommunale Kliniken.

Klinikalltag in Deutschland: Nachtschicht auf einer Station, 49 Patientinnen und Patienten, davon 22 absolut pflegebedürftig, zwei verwirrt und mit Weglauffendenz, drei ungeplante Notaufnahmen. Verantwortlich für all diese Patienten ist eine einzige Krankenschwester plus eine Pflegekraft als Springer, die auf mehreren Stationen gleichzeitig eingesetzt wird. In einer Gefährdungsanzeige notiert die Schwester am Schichtende: »Die Patientensicherheit war nicht gegeben. Diese Zustände wünsche ich keinem Patienten, der in schlechtem Krankheitszustand zu uns kommt.«

Die Lage in den Kliniken ist katastrophal: Für eine gute Versorgung fehlen in den Krankenhäusern allein in Hamburg laut ver.di etwa 4 000 Stellen. Bundesweit fehlen Studien zufolge 100 000 Pflegekräfte. Beschäftigte schreiben täglich sogenannte Gefährdungsanzeigen, mit denen sie ihren Arbeitgeber auf ihre gefährliche Arbeitsbelastung aufmerksam machen. Allein in den sieben Hamburger Asklepios-Kliniken waren das mehrere Tausend im vergangenen Jahr! Fast 80 Prozent der Pflegekräfte gehen davon aus, ihren Beruf nicht bis zur Rente ausüben zu können. Ausgerechnet in den Krankenhäusern ist

der Krankenstand enorm hoch. Die Überlastung bezahlen nicht nur die Pflegenden. Untersuchungen zeigen, dass bei Patientinnen und Patienten die Risiken beträchtlich steigen, wenn zu wenige Pflegekräfte für sie da sind. Krankenhäuser stehen unter enormem Kostendruck. Durch das Finanzierungssystem der Fallpauschalen, das vor einigen Jahren eingeführt wurde, stecken sie in einem ruinösen Wettbewerb. Gleichzeitig machen private Klinikkonzerne wie Asklepios, Helios oder die Schön Kliniken mit der medizinischen Versorgung Kasse. Sie bezahlen oft Beschäftigte schlechter als kommunale oder kirchliche Kliniken.

DIE LINKE lehnt die Privatisierung von Kliniken ab. Sie kämpft für eine gute Versorgung der Kranken und gute Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Deshalb fordert sie ein Gesetz, das eine Mindestzahl an Pflegekräften auf Krankenhausstationen festlegt. »Für mich ist es wichtig, dass sich DIE LINKE für eine verbindliche Personalquote einsetzt, die für jedes Krankenhaus genau festlegt, wie viele Kranke maximal eine Pflegekraft versorgen darf«, sagt Stefanie M., seit zwölf Jahren Krankenschwester. »Das spielt nicht nur für mich in der täglichen Arbeit eine große Rolle, sondern ist auch für jeden Patienten entscheidend.« Gesundheit ist viel zu wichtig, als sie einfach dem Markt zu überlassen. **»Es ist an der Zeit für eine Krankenhaus- und Gesundheitspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert,«**



In Hamburgs Krankenhäusern fehlen 4 000 Pflegekräfte.

fordert Zaklin Nastic, die für DIE LINKE Hamburg für den Bundestag kandidiert und als Mutter eines schwerbehinderten Kindes selbst viel Erfahrung mit dem Hamburger Gesundheitssystem hat. »Der Zweck eines Krankenhauses ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern

die Versorgung der Menschen mit notwendigen stationären Leistungen.« Eine gute Versorgung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. DIE LINKE fordert eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrem Einkommen einzahlen.



DIE LINKE will in Milieuschutzgebieten eine Obergrenze für Mieten einführen.

Runter mit den Mieten!

Kosten fürs Wohnen explodieren, damit wenige Profit machen

10 000 neue Wohnungen: In Hamburg wird endlich wieder gebaut. Das ist gut so! Und liegt auch an der LINKEN. Mit Demonstrationen, Kampagnen und parlamentarischen Initiativen kämpfte sie in Hamburg jahrelang dafür, den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln. Was wurde DIE LINKE dafür angefeindet, als sie in ihrem Wahlprogramm 3 000 neue Wohnungen pro Jahr forderte! Nun zeigt die Wirklichkeit: Sogar mehr ist drin. Alles prima also mit Hamburgs Wohnungsbau? Leider nein. Denn es werden zwar sehr viele, aber vor allem viele falsche Wohnungen gebaut. Mehr als zwei Drittel davon sind keine bezahlbaren Sozialwohnungen, sondern werden auf dem freien Markt angeboten – zu entsprechenden Preisen. Und weil für Neubauten die Mietpreisbremse nicht gilt, ziehen diese den Mietpiegel und die Preise insgesamt

sogar nach oben. Hinzu kommt, dass jedes Jahr Tausende Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt dadurch – trotz der hohen Bautätigkeit – stetig. In den letzten 15 Jahren ist ihre Gesamtzahl um fast die Hälfte zurückgegangen. Die Folge: Immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger sehen sich gezwungen, an den Stadtrand zu ziehen. Dies trifft längst auch die Mittelschicht. Wenn von Sozialwohnungen gesprochen wird, klingt das oft, als wären nur ganz wenige betroffen. Aber: **In Hamburg hat mehr als die Hälfte der Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein – also auf eine Sozialwohnung.** DIE LINKE fordert, dass in Deutschland pro Jahr mindestens 250 000 neue gemeinnützige Sozialwohnungen geschaffen werden. Die Zweckbindung

soll künftig nicht mehr nur wenige Jahre, sondern unbefristet gelten: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung! »Wir werden die Hamburger Mieterinnen und Mieter nicht den Heuschrecken ausliefern!«, sagt Fabio De Masi, Bundestagskandidat der Hamburger LINKEN. Das bedeutet auch: Gemeinwohlorientierte Unternehmen müssen transparent arbeiten und Mietermitbestimmung garantieren. **»Wir schaffen eine echte Mietpreisbremse.«** Bis zur Umsetzung eines verbindlichen Mietspiegels will DIE LINKE in Milieuschutzgebieten eine Obergrenze für Mieten einführen und Mietsteigerungen ausschließen. Milieuschutzgebiete sind von den Kommunen festgelegte Viertel oder Straßenzüge, in denen zum Beispiel Luxussanierung oder Abriss von den Behörden blockiert werden kann.

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

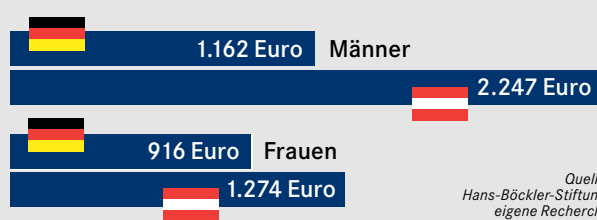
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertgremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt. Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

Top Ten der Spender aus der Wirtschaft

Zahlungen 2011 bis 2015*

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
Gesamt	0	1.239.319	2.344.187	2.490.226	2.993.237	5.551.990

* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebieten exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis:** Fairphone 2: zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis:** Diamant Fahrrad Topas Villiger: überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis:** Marx-Figur: Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.-10. Preis:** Linkes Buchpaket



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	LINKE-Politiker	Beinkleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung						
→	7		Früchte			Waldtier	6						
Anrede	Gebäude Imperium (engl.)			Mittel-europäer		13	Abbau von Waffen						
→	3		bibl. Garten			Tierkadaver							
laot. Fluss													
				1	8								
				4	2	1	9						
Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee					3	Weißfisch Meeresalge						
→	5			9		1	8						
				6	7	9	8						
Segelstange				4	7	3	6						
→	1			5	1	3	6						
					4	2							
Gallertmasse	nieder-sächs. Fluss			jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel Habe						
→	14			Hautfalte			Teil des Mittelmeers						
							Nachrichtensatellit						
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove											
→	8						2						
				Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer								
Säugetier	röm. Fußball-club						Mediziner						
→													
LINKE Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister						Geburtsort von Marx						
→							10						
							Roman von Zola						
→							4						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: www.die-linke-spende.de

Die Hürde!

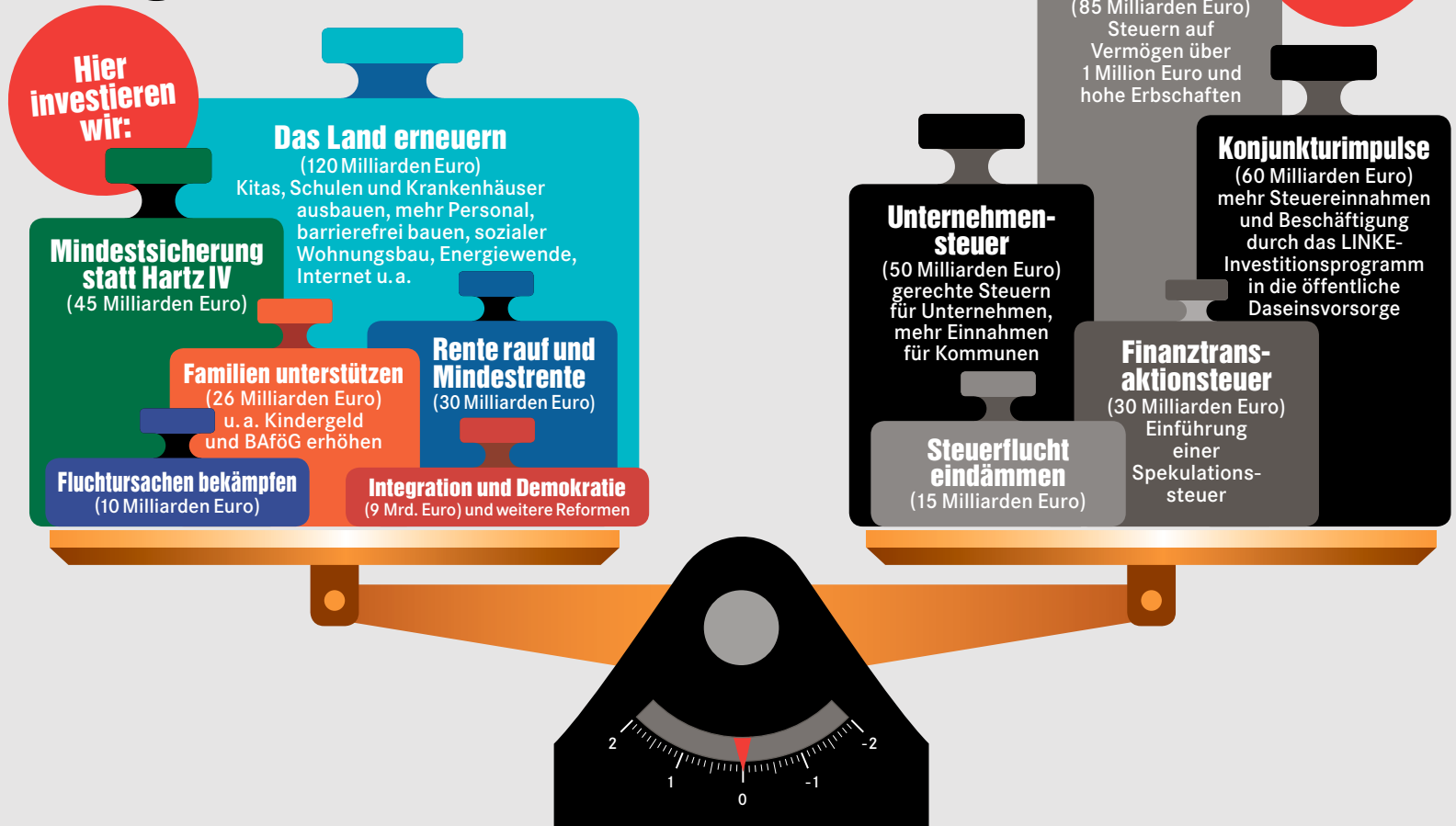
Kombi-Miniabo: 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für 9,90€

Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

Tel. (030) 29 78 18 00 neues-deutschland.de/abo

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Hamburg: 280 000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE, 030 / 24 00 99 99, www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de